

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 365.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Druck-Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Verlagsdirektor: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Erste Ausgabe

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Verlagsdirektor: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Hinterhaus. Telefon Nr. 158. Eingang Nr. Brauhausstr. 1. Vertretung: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Freitag, 7. August 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Nr. VIIa Nr. 11 494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Bismarck-Fäulen.

Am 30. Juli waren fünf Jahre seit dem schmerzreichen Tage verfloßen, wo des neuen Deutschen Reiches erster Kanzler von uns genommen wurde. Behämtig blühten wir an diesem Gedenktage zurück auf die große Zeit, wo ein gültiges Gefühl den Unerfesslichen und Unergründlichen zu des Volkes Wohl und des Reiches Ruhm in unserer Mitte wirken ließ, und erneuern gern das an seiner Bahre abgelegte Gelübde, die uns von ihm gezeigten Wahren trotz aller Angriffe und Entsetzungen weiter zu wandeln. Wotribend war für uns auch diesmal die Erinnerung an das, was einst war, und die Erkenntnis, was inzwischen geworden ist. Und doch beobachteten wir mit Freuden und Genugtuung, wie auch an Otto von Bismarck diesjährigen Todestage im nationalen Wälderwald der Ruhm unseres größten Staatsmannes mächtig widerhallte.

So lange es ein Deutsches Reich und national empfindende deutsche Männer geben wird, kann Fritz Bismarck nimmer vergessen werden. Der Meister der Staatskunst, der hingebende Sohn des Vaterlandes, der treue Diener seines Kaisers und Königs wird in unserem Herzen immerdar fortleben. Als vor fünf Jahren die Trauerkunde: „Fritz Bismarck ist nicht mehr“ unsere Herzen erbeben ließ, da überkam uns das Gefühl der Verzagttheit und Verunsicherung. Als sich aber das deutsche Volk mit dem unerfesslichen Verluste abgefunden begann, da erwachte in ihm auch immer stärker der Drang, dem großen Abgeschiedenen ständige Zeichen der Dankbarkeit und treuen Erinnerung in besonderer Art zu widmen und so zu entsanden, des hochheiligen Namens stolze Größe künden, die Bismarckfäulen, deren schon jetzt mehr denn hundert auf Bergeshöhen emporragen. Unsere Künstler und unsere akademische Jugend hatten dem Gedanken zum ersten Mal Ausdruck verliehen und ihn in die Wirklichkeit umgesetzt; das vaterländische gesammte Bürgerthum in Stadt und Land hat ihn aufgenommen und vollstimmig ohne gleichen gemacht. Politik hat hier auch sei uns — wie selten ist das in einer Zeit des Niederganges! — Kultur gewirkt.

Gegenüber dem Bismarck-Denkmal in Berlin, das das genaue Gegenteil dessen darstellt, was der ferne Mann gewesen ist, und das immer wieder zur Zielscheibe des Spottes gerade der Berliner Complodidisten geworden ist, hat der Altreichskanzler ein seiner würdiges Denkmal in den Bismarckfäulen gefunden. Diese dienen nicht wie etwa die Kaiser-Wilhelms-Denkmäler zugleich einem praktischen Zwecke. Sie sind lediglich ein maubendes Symbol an den großen Mann, der, wie die Gedenkfäulen die Rande ringsum überzogen, als ein Größerer auf seine Zeitgenossen herabbliden konnte. Sodragende, mächtig sich aus dem Erdreich erhebende Pfeiler stützen den Turm, ihn krönt ein eisernes Wehen, aus dem allfährlich in frohem Gedächtnis an seinen Geburts- oder in banger Erinnerung an seinem Sterbetage und ebenso vor Sonnenwendfeier die Flamme emporlehen: Die Erinnerung an den seit im Boden deutschen Geisteslebens wurzelnden Kanzler, dessen unbegamener Wille und eisernes Wollen aufklammte, die Weltwelt erleuchtend und unser Volk zu Großen aufweckend. So wird es auch hier heißen: Des Flammenstobes Gedenkt faßt an; der Herr hat Großen an uns getan!

Der akademischen Jugend verdanken wir den ersten Anstoß zur Errichtung der Bismarckfäulen, und unsere akademische Jugend hat von jeher zu den eifrigsten Beflegern der Bismarckfäulen Ideale gehört. Aber bei aller Achtung vor dieser würdigen Haltung müssen wir es doch offen aussprechen, daß dieser Idealismus der deutschen Jugend auch etwas schwer Bedenkliches in sich trägt. Wir können uns ihm gegenüber des Eindrucks nicht erwehren, als ob ein Keim der deutschen Jugend in den Fesseln zurückverfällt, in seinen Zielen nur ja recht Wirklichkeitsfremd zu sein, um desto tümiger und leidenschaftlicher an rein Idealen jäwölgen zu können. Dieser verhängnisvolle Zug der deutschen Art, der die Quelle so vieler Leiden unserer an herben Entschuldigungen überreichen Geschichte gewesen ist, er war es gerade, den Fritz Bismarck überwinden hat. Wenn der große Kote eine Lehre hinterlassen hat, die unbestreitbar und mit Händen greifbar ist, so ist es die, daß man die großen nationalen Bestreben nur erreichen kann auf dem harten Boden der Wirklichkeitskämpfe. Da ist es durch und

durch unbismarckisch, sich in vermeintlichem Idealismus über die Mühsale und Leiden der in den Niederungen tosenden Tageskämpfe hinwegzusetzen und fern von allem Streite der Parteien im Wolkenlandesheim theoretische Idealpolitik zu machen. In Bismarcks Geiste werden wir wirken, wenn wir unseren Mann stehen im Streite der Parteien und in den Kämpfen des Erwerbslebens, die darauf gerichtet sind, unser Vaterland groß und stark zu erhalten. Der Feuergeist der Bismarckfäulen mahnt uns, im Andenken an den großen Kanzler uns aufzureihen im Dienste der Allgemeinheit, getreu der Lösung, die jüngst fürst Herbert Bismarck ausgab: *consumor in memoria primi cancellarii.*

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 6. August.

Erhöhung der Reichsausgaben: Es ist selbstverständlich, daß bei der Prüfung der Neuverordnungen der einzelnen Reichsressorts für den Reichshaushaltsetat auf 1904, in die jetzt eingetreten ist, ebenso wie in den letztvergangenen Jahren, entsprechend der wenig günstigen Lage der Finanzen, die allergrößte Sparsamkeit das Leitmotiv bildet. Trotzdem wird eine Erhöhung der Ausgaben an verschiedenen Stellen des Etats nicht zu vermeiden sein. In erster Linie kommen dabei diejenigen Posten in Betracht, die ihrer Natur nach von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfahren. Dazu gehört einmal der Reichszuschuß für die Zentralabstättungs- und Altersversicherung. Allmählich ist diese Etatpostition, die anfänglich klein war, auf nahezu 41 Millionen Mark gestiegen. Sie hat im Durchschnitt Jahressteigerungen zwischen 3 und 4 Millionen Mark erfahren. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung ausnahmsweise über 4 Millionen Mark, von 1902 auf 1903 nahezu 2,7 Millionen Mark. Man wird ebenfalls nicht festsehen, wenn man annimmt, daß sie sich auch im nächsten Etat in der Höhe von etwa 3 Millionen Mark bewegen wird. Ein weiteres stetig steigender Posten ist die Ausgabe für die Reichsschuld. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung 5,4 Millionen Mark, von 1902 auf 1903 etwas über 6 Millionen Mark. Die Reichsschuld dürfte, nachdem sie inzwischen in die Höhe von 3 Milliarden Mark gelangt ist, weiter steigen. Selbstverständlich wird sich damit die Zinslast erhöhen, und sonach ist zu erwarten, daß auch im nächstjährigen Reichshaushaltsetat eine Ausgabeerhöhung für die Reichsschuld sich vorfinden wird. Auch der Allgemeine Pensionsfonds hat in den letzten Jahren ständig eine Erhöhung der Ausgaben aufzuweisen gehabt und zwar ebenso, wie der Zuschuß zur Zentralabstättungs- und Altersversicherung, um Beträge zwischen 3 und 4 Millionen Mark. Es ist, wenn auch vielleicht nicht der fünfzigsten Steigerung nicht die gleiche Höhe ungeachtet haben wird, schwerlich anzunehmen, daß die Erhöhung für 1904 in Fortfall kommen könnte. Ein anderer Posten, der in den letzten Jahren unter den Ausgaben Erweiterungen aufwies, war der für den Reichsinvalidenfonds. Von 1901 auf 1902 betrug die Erhöhung gar nahezu 16 Millionen Mark, jedoch war sie auf die im Jahre 1901 beschlossene Vergrößerung der Zahl der Reichsinvaliden und Invalidenleistungen zurückzuführen. Die Nachwirkungen davon verurursachen für 1903 noch eine Ausgabeerhöhung von nahezu 1 1/2 Millionen Mark. Selbst wenn sich diese Erhöhung auch auf 1904 in irgend einer Maße erstrecken sollte, so würde sie nicht erschwerend für die Gestaltung des Reichsbudgets ins Gewicht fallen, da man sich ja daran gewöhnt hat, die Ausgaben des Reichsinvalidenfonds, soweit sie nicht durch die Rufen des letzteren gedeckt werden, aus dem Kapitalbestande zu entnehmen. Kann man demgemäß auch davon absehen, so bleibt doch, wie dargelegt, eine Anzahl von naturgemäß zu erwartenden Ausgabeerhöhungen übrig. Schon ihre Gesamtsumme macht eine ganz stattliche Reihe von Millionen aus.

II. A. u. g. In Sachen der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen (Freiburg, den 6. Aug. 1903). Merklich ist das Bedingnis, bei den Verhandlungen, daß die Kommissare mit guten Anweisungen versehen sind. Aber damit würde noch nicht alles getan sein, sondern es käme auch noch auf die Qualität und die Geschäftlichkeit der Unterhändler an. Wenn man, wie es vor 10 Jahren der Fall war, heute a la Huber zu den Verhandlungen delegiert, darf man sich nicht wundern, wenn man von Russen Vorwürfe über den Verlauf der Verhandlungen zu hören bekommt, daß die Namen der Herren, die nach St. Petersburg abgereist sind, in den Wätern nicht genannt werden. Man ist heutzutage doch sonst nicht so zurückhaltend in solchen Dingen. Nur allgemein ist bisher mitgeteilt worden, die deutschen Beamten, welche zu den vorläufigen Verhandlungen in St. Petersburg wegen Revision des deutsch-russischen Handelsvertrages beauftragt worden seien, gehörten zum Reichsamt für den auswärtigen Handel, des Reichsamt des Innern und des Reichsjustizamts; die betreffenden Herren hätten sich in den letzten Tagen von ihren Vorgesetzten und Kollegen verabschiedet und sich darauf eingestellt, daß die Verhandlungen in der russischen Reichshauptstadt eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würden. Das ist alles sehr schön, aber, wie fragen wiederholt: Wer sind die Herren? Weßhalb werden ihre Namen nicht genannt? Da denn ihre Nennung die Kritik so sehr zu fürchten? Ist wieder eine Verhinderung unter ihnen? Im Weßhalb hierüber möchten wir die Governementalen doch bitten.

Man wird diese Frage nicht unbedeutend finden, besonders nach den wenig angenehmen Erfahrungen, die wir mit unseren Delegierten bei der Brüsseler Zuckerkonferenz gemacht haben.

Zu den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen berichtet übrigens die „Kreuzzeitung“ aus einer Quelle, die sie für offiziell hält, daß Russlands Einwilligung in die deutschen Handelsverträge „nicht ausichtslos“ erweise, sofern zwei Bedingungen erfüllt würden: 1. Entsprechende Kompensationen auf dem Gebiete des Verkehrs mit Vieh und tierischen Produkten (besonders starke Verbesserung der Vieh- und Fleischgalle und Erleichterung des veterinärpolizeilichen Grenzschutzes), 2. Gewährung der Getreidemehrentgalle nur an die Vertragsländer (also Rußland, Oesterreich-Ungarn), besonders aber Aufschließung Nordamerikas und Argentiniens hieran.

Freiwillige Alters- und Invalidenversicherung in den Kleinbauernkreisen. Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrats erklärte in seiner Sitzung am 24. Juli d. J. in Wien: „Die Vermutung der durch das Gesetz vom 18. Juli 1900 gegebenen Möglichkeit, für den Fall des Alters und der Invalidität sich zu versichern, begünstigt die bisherige Zwangsversicherung freiwillig fortzusetzen, ist insonderheit für die kleinbäuerlichen Kreise von der größten Wichtigkeit, zumal die öffentliche Alters- und Invalidenversicherung erheblich billiger ist als die Versicherung bei privaten Gesellschaften, besonders auch billiger als die der sogenannten Volksversicherung verbundene Lebensversicherungsgesellschaften. Bei der bisherigen Gleichgültigkeit der in Frage kommenden Kreise gegenüber dieser Versicherungsart ist fortgesetzt für Aufführung über die nothwendigen Einrichtungen des obigen Gesetzes Sorge zu tragen. Insonderheit sind die landwirtschaftlichen Bewirtschaftungen und Betretungen aufzuordnen, zur Vermittlung dieser Versicherung anzugehen und vor allem durch Belehrung in den landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten und Fortbildungsinstituten, durch Vorträge und durch Verbreitung besonderer Schriften über die obige Versicherung Auffklärung über die im Interesse des einzelnen Beteiligten, wie im Interesse der Allgemeinheit gebotenen Vorteile zu schaffen. Sollten auch diese Bemühungen in den nächsten Jahren keinen wesentlichen Erfolg haben, so würde die Einführung der Zwangsversicherung für die betreffenden Kreise in Erwägung zu ziehen sein.“

Rachlassen der Leutenot in den Ostmarken. Zu den Ostmarken und speziell auch in Ostpreußen, welches übrigens seit längerer Zeit unter Regenmangel leidet, während in anderen Teilen des Vaterlandes über das Gegenteil geklagt wird, macht sich, wie die „Nat.-lib. Korr.“ erzählt, in diesem Jahre die sogenannte Leutenot weniger bemerkbar, als in den vorausgegangenen. Da die Industrie noch immer unter der schädlichsten Geschäftslage leidet, so leben dort, ist der Bedarf an weiteren Arbeitskräften im Westen des Vaterlandes hergegangen und Sand in Sand damit der Abzug von landwirtschaftlichen Arbeitern aus dem Osten der Monarchie nach dem Weiten geringer geworden. Die Folge davon ist, daß in weiten Kreisen des Ostens in diesem Jahre auf ein Zurückgreifen auf den Bezug polnischer Hilfskräfte aus Rußland vollständig verzichtet werden kann.

Unlauterer Wettbewerb und Warenhaussteuer. Der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender hat auf seiner Tagung in Witten beschlossen, folgende Verfügungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu beantragen:

1. In § 1 sind in dem Satze: „wichtige Angaben tatsächlicher Art“ die Worte: „tatsächlicher Art“ zu streichen.

2. Im Kopfsatz der Artikel gegen unlauteren Wettbewerb sind, soweit thunlich, vom Staate zu ernennende Sachverständige hinzuzusetzen.

3. In § 12 ist folgender neuer Absatz aufzunehmen: „Wenn der Verkauf einer Kaufmannschaft oder gewerblichen Vereinigung über eines Geschäftsbereiches laut eines zu Protokoll gegebenen Beschlusses dem Staate unzulässig ist, so ist die Begründung betreffend unlauteren Wettbewerb unterbreitet, so in dieser gehalten, die Unternehmung zu führen bezügl. die Auflage gegen den Bestäubigten zu erheben.“

4. Aufnahme folgender Bestimmung: „Wer öffentlich eine Ware mit Preisangaben zum Verkauf anbietet, ist auf Verlangen des Käufers verpflichtet, den wahren Betrag der angebotenen Ware ohne Preisauflage zu veröffentlichen.“

5. Regelung der Ausverkauf- und Auktionswesen. Bezüglich des preussischen Warenhaussteuerergesetzes hat die Hauptversammlung des genannten Zentralverbandes folgenden Bescheid gefaßt:

a) § 1, Absatz 4 des preussischen Warenhaussteuerergesetzes soll aufgehoben und die Warenhaussteuer auch auf Auktionsanstalten und Auktionswesen ausgedehnt werden, auch wenn solche nur die Artikel einer Warengruppe führen. Die Besteuerung dieser Betriebe hat in Städten bis zu 20 000 Einwohnern bei 100 000 Mark Jahresumsatz und in anderen Städten bei einem Jahresumsatz von 150 000 Mark mit einem Minimum von 1 Prozent zu beginnen und bis zu 3 Prozent zu steigen.

b) Bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens soll die Dividende direkt en bloc und nicht, wie bisher, bei den einzelnen Mitgliedern vertheilt werden.

c) Bilanzen sollen an den Orten, wo sie betrieben werden, zur vollen Steuer herangezogen werden.

Der Aufsicht von Stadtgemeinden an den Gewerbetreibenden...
Der Ministerpräsident und die Hochwasserfrage...
Nationalliberaler Parteitag...

Der wirkliche Stand der ostasiatischen Frage...
Aus Rom wird berichtet, daß nach dem Giornale d'Italia...
Die näheren Umstände, welche über das Leben Rius X. bekannt werden...

Rius X.

Aus Rom wird berichtet, daß nach dem Giornale d'Italia das österreichische Veto gegen eine Wahl Kampollas im Einkommen mit Deutschland erfolgt ist...
Die näheren Umstände, welche über das Leben Rius X. bekannt werden, zeigen ihn beinahe ausnahmslos im schönsten Licht...

Das veränderte Kernergesetz...
Nationalliberaler Parteitag...
Eine Revision der Sanftener-Behörungen...
Das praktische Jahr der Mediziner...

Das praktische Jahr der Mediziner...
Es ist noch nicht ganz festgestellt, ob die Sanftener-Behörungen...
Das praktische Jahr der Mediziner...
Es ist noch nicht ganz festgestellt, ob die Sanftener-Behörungen...

2. Bitterfeld, 4. Aug. (Die Illustrierte) Der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreise Bitterfeld...
Wetterber. 6. Aug. (Ausführung der Stadt)...
Wetterber. 6. Aug. (Unfall)...
Wetterber. 6. Aug. (Wasserleitung)...

Wetterber. 6. Aug. (Ausführung der Stadt)...
Wetterber. 6. Aug. (Unfall)...
Wetterber. 6. Aug. (Wasserleitung)...
Wetterber. 6. Aug. (Wasserleitung)...

Ausland.

Ceteris paribus...
Zur angestrichelten Wärfel...
Ungarische Verhältnisse...
Zürich...
Die makedonische Bewegung...
Großbritannien...
Die griechischen Floottenänderer...
Provinz Sachsen und Umgebung...
Wettin, 5. Aug. (Luzernfund)...
Wettin, 5. Aug. (Dnepr-Exkurs)...

Die Abweisung des zweiten Militärkandidaten...
Es ist noch nicht ganz festgestellt, ob die Sanftener-Behörungen...
Die Abweisung des zweiten Militärkandidaten...
Es ist noch nicht ganz festgestellt, ob die Sanftener-Behörungen...

Wetterber. 6. Aug. (Wasserleitung)...

